Pressemitteilung

Ansbach, 05.12.2011

Offene Linke für Beendigung der "Geheimrats-Praxis" bei AVVH und Stadtwerken

Transparenz und demokratische Kontrolle – Ziel: Dezentrale Energiewende

Gewinnabführungen an Thüga übersteigen Kaufpreis –Schritte zu Rekommunalisierung

Die Offene Linke hat sich angesichts der jüngst bekannt gewordenen Entscheidungen der Aufsichtsräte von Ansbacher Versorgungs- und Verkehrsholding (AVVH) und Stadtwerken zu Investitionen in ereuerbare Energien und zur Deckung von Mehrkosten bei der Querfinanzierung des ÖPNV für eine Beendigung der "Geheimrats-Praxis" ausgesprochen: "Die Strukturen von Holding und Werken müssen sich Transparenz und mehr demokratischer Kontrolle öffnen", so das WählerInnen-Bündnis.

Es könne nicht sein, dass die hundertprozentige Stadttochter AVVH und die Stadtwerke mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung durch Entscheidungen in Sitzungen in Hinterzimmern Millionen in Windkraftanlagen fernab Ansbachs investiere und sich offenbar von städtischen Flächen für Windkraft abwende. Dass die Bevölkerung und ihre gewählten VertreterInnen dies im Nachhinein aus der Zeitung erfahren, offenbare grundsätzliche Defizite der Gesellschaftsstruktur. Während laut Bayerischem Städtetag "Stadtwerke mit ihrer Erfahrung in dezentraler Energiegewinnung die geborenen Partner für die Energiewende" seien müssten (Info-Brief Bay. Städtetag 11/2011), setzen dies die Stadtwerke durch ihren Fokus auf brandenburgische Windkraft nur bedingt um. "Die Energiewende kann nur durch stärkere Regionalisierung erfolgreich sein", betonte die Offene Linke: "Hierfür ist eine öffentliche Auseinandersetzung und Mitsprache der BürgerInnen zielführender als einsame Entscheidungen von Geheimräten."
Ebenso verhalte es sich bei der Diskussion um Mehrkosten beim ÖPNV: "Die Daseinsfürsorge der Bevölkerung gehört in öffentliche Hand und in die öffentliche Debatte."

Derweil übersteigen die Gewinnabführungen an die Thüga AG der im Jahr 2000 teilprivatisierten Stadtwerke inzwischen den damaligen Kaufpreis von 40% der Anteile in Höhe von 13,5 Millionen Euro: Bis 2010 mussten bereits 14,9 Millionen Euro abgeführt werden. Damit beginnt der Wohlfahrtsverlust der Privatisierung voll zu wirken: Während die damaligen Einnahmen längst aufgebraucht sind, schießt Ansbach der AVVH hohe Summen aus dem Stadtsäckel zu. Bliebe der Gewinn der Stadtwerke in vollem Umfang in Ansbach, entfielen die Zuschüsse komplett und es eröffne sich Spielraum für Investitionen und Tarifsenkungen.

Dass die damaligen Privatisierungsparteien CSU und SPD inzwischen selbst die Geheimhaltungspraxis kritisieren, bestärkt die Offene Linke in ihrer Forderung nach einer Rekommunalisierung der Werke: "Stadtwerke zurück in Bürgerhand" als Zukunftsprojekt für Ansbach schaffe mehr Mitbestimmung und beschleunige den Weg zur dezentralen Versorgung mit sauberer und bezahlbarer Energie. "Die Stadt und ihre Werke müssen Motor für die sozialökologische Energiewende sein", so das WählerInnen-Bündnis abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat